DM 1,-

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

November 11/2001

Kampf gegen den Terror oder gegen Menschen?

Soll sich die Bundeswehr an Vergeltungsaktionen der USA beteiligen?

Es herrscht eine große Beunruhigung in der Bevölkerung über die schnelle Bereitschaft der Bundesregierung, der USA auch bei militärischen Maßnahmen Beistand zu leisten, nicht nur bei den Älteren und Alten, die bereits einen Weltkrieg, manche von ihnen sogar zwei Weltkriege erlebt und erlitten haben, sondern auch bei Jugendlichen. Das zeigte die Demonstration, die mit etwa 2000 Teilnehmern am 22. September auf dem Bahnhofsplatz begann und auf dem Marktplatz endete. Obgleich Bremens größte Tageszeitung es nicht für notwendig erachtete, auf diese Kundgebung vorher hinzuweisen, fanden sich so viele Menschen unter dem Motto zusammen: "Krieg ist nicht die Antwort". Erinnern wir uns: Der Vietnamkrieg z. B. ist nicht durch Militärschläge, sondern durch zivilen öffentlichen Druck, Dialog und Verhandlungen beendet worden. Auf diesem Wege muss die Lösung gesucht werden. Andere Wege führen zu weiterer Eskalation von Gewalt.

Hartmut Drewes

Die UN-Vollversammlung einberufen!

In der Tat, nachdem das World Trade Center am 11.09.2001 wie ein Kartenhaus zusammengebrochen und das Pentagon teilweise ausgebrannt ist, wurden große Veränderungen sichtbar. Fluggesellschaften kamen in die Krise, überhaupt stockte die Wirtschaft. Aber genauso wie vor dem 11.09. erfolgen Massenentlassungen, damit die Kapitalgesellschaften sich retten können. Aber dazu wird noch Staatsknete benötigt. Also Geld vom "Kleinen Mann."

Noch etwas ist nach dem 11.09. anders geworden: Wurde erst sehr laut nach Vergeltung, also nach Krieg gerufen, wurden die Kräfte lauter, die sagten, Bomben und Krieg sind keine Lösung. Nun erleben wir eine Doppelstrategie: Einerseits reisten Außenminister und Diplomaten der USA herum und suchten Verbündete, andererseits wurde ganz offen ein Militärschlag vorbereitet.

Ich meine, was da alles läuft, ist nicht der richtige Weg. Richtig ist: Die jetzt fällige Vollversammlung der UNO müsste den Kampf gegen den Terrorismus auf die Tagesordnung setzen. Die Völker der Welt müssten offen ihre Meinung sagen, wo der Terrorismus gedeiht. In Deutschland versucht der Nationalismus sein Süppchen auf dem Terror gegen die USA zu kochen.

Die Deutsche Bank ist immer mit dabei. Tage nach dem Sturz des World Trade Center meldete die Deutsche Bank, sie verwalte 365 Millionen DM für Osama Bin Laden, der mutmaßlich Terroranschläge finanziere. Die Deutsche Bank hat z.B. auch Auschwitz finanziert.

Willy Hundertmark



Der Schwur von Buchenwald hat nichts von seiner Aktualität eingebüßt!

Den Sumpf austrocknen!

Am Sonnabend, den 22. September, sammelten sich etwa 2.000 Menschen auf dem Bremer Bahnhofsvorplatz. Zum Auftakt für eine Demonstration wurden drei Reden gehalten. Der dritte Sprecher war unser Ehrenvorsitzender Willy Hundertmark. Er sagte: "Als nach dem 1. Weltkrieg die Soldaten aus dem Krieg kamen und ich aus der Schule, suchten wir alle Arbeit.

Am 01. März 1922 trat ich in die Lehre und in den Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) ein. 1945, als der 2. Weltkrieg zuende war, beschlossen wir in Bremen, eine neue Gesellschaft aufzubauen, die anders sein müsse als alle anderen, die vor der Geschichte nicht standgehalten haben.

Das ist aber nicht erfolgt. Darum hat der Extremismus wieder Hochkonjunktur. Der Terrorismus kann nicht durch Krieg beseitigt werden. Bomberwerfer sind auch Terroristen. Darum fordere ich die Reichen und Herrschenden dieser Welt auf, den Reichtum dieser Erde einzusetzen für die Austrocknung des Sumpfes, aus dem der Terrorismus wächst. (Beifall).

Und ich fordere unsere Wissenschaftler auf, ihren Mut, ihr Können und Wissen für die Aufdeckung der Ursachen des Terroraktes vom 11.09.2001 einzusetzen."

Ein Teilnehmer

Antwort auf: "Ein Tag im August"

Zu dem Artikel "Ein Tag im August" habe ich einige Anmerkungen:

Wenn Ulrich St. schreibt, dass durch militärische Sicherung weder Flüchtlinge noch Fluchtgründe verschwinden, so kann ich darauf nur sagen:
Ich will gar nicht, dass Grenzen militärisch gesichert werden, sondern ich fordere: **Offene Grenzen!** Und **Bleiberecht für alle!** Darüber hinaus muss natürlich dafür gekämpft werden, dass Menschen, z.B. aus dem Trikont (der sogenannten "Dritte Welt"), nicht mehr fliehen brauchen, also die kapitalistischen Länder dem Trikont nicht weiter ausbluten, dass Menschen nicht mehr aus Diktaturen zu fliehen brauchen, weil Diktatoren (Diktatorinnen?) gestürzt werden. (Dies näher auszuführen würde hier den Rahmen sprengen.) Weiter zum Text von Ulrich St.: Ich finde es kein Stück "lobenswert", dass es an der BRD-Grenze keine Mienen und Selbstschussanlagen gibt (Ob es keine Schiessbefehl gibt, da bin ich mir gar nicht so sicher. Für die dementsprechende Quelle wäre ich dankbar!), sondern für einen Staat mit menschenwürdigen Antlitz (den diese und alle anderen BRD-Regierungen zuvor doch wohl repräsentieren möchten!?) ist dies eine Selbstverständlichkeit!

Aber ich spreche dieser BRD-Regierung und ebenso den vorigen ihre Menschlichkeit ab, ebenso die Weisheit zu besitzen, nicht mit Kanonen auf Spatzen zu schießen ebenso wie nicht auf unbewaffnete Flüchtlinge schießen zu dürfen! (Nebenbei: Was ist das überhaupt für ein Zusammenhang: "Spatzen - unbewaffnete Flüchtlinge?" Sind für Ulrich St. Flüchtlinge aus dem Tierreich?)
Für mich hat eine BRD-Regierung nichts mit Menschlichkeit zu tun, wenn sie an ihrer Grenze Infrarot-Kameras installieren lässt, die jede verdächtige Bewegung registrieren, und das sicherlich nicht um das Abendfernsehprogramm ihrer BGS-Leute zu erweitern, sondern um "grenzsichernd" (und das heißt hier abwehrend/verhindernd) gegen Flüchtlinge einzuschreiten, wenn sie zulässt, dass in der Oder seit 1989 viele Menschen ertrunken sind und immer noch ertrinken, denen beim Versuch, in die BRD zu fliehen, niemand zu Hilfe kam und kommt. (Weitere Aufzählungen würden auch hier zu weit führen.) Jedenfalls sind solche "Grenzsicherungen" ebenso kriminell wie die an der damaligen DDR-Grenze!

Und wenn sich schon ein Gedenktag für die Opfer an der damaligen Grenze zur ehemaligen DDR, dann sollten wir an diesem Tag (der dann auch nicht mehr der 13. August sein sollte, schon allein deshalb nicht, weil der 13. August 1961 auch seine revanchistische Seite hatte!) ebenso an alle Flüchtlinge denken, die seit ihrem Fluchtversuch in die BRD (in die BRD vor und nach der Annektierung der DDR) umkamen und umkommen; die im Abschiebeknast sterben (sei es durch mangelnde Versorgung oder durch Isolation und Verzweifelung zur Selbsttötung getrieben); die durch die Abschiebung sterben (wie Samir Ageep, der im Flugzeug erstickte beim Versuch ihn mit einem Kissen auf dem Gesicht "ruhig zustellen"!) und an alle, die durch die Abschiebung in "ihr Heimatland" dort erneut ihren Folterern und Mördern (ich gehe mal davon aus, dass dies in der Mehrzahl Männer sind!) preisgegeben werden!

Besser und wichtiger ist es allerdings, dafür zu kämpfen, dass alle Frauen und Männer dort leben können, wo sie wollen (egal wie sie dort hingekommen sind!) und dass alle Verhältnisse, die Frauen und Männer zur Flucht aus ihrem Land treiben, abgeschafft werden!

Ruth, Oldenburg

Anmerkung!

Ich teile alle inhaltlichen Intensionen des Artikels von Ruth und sehe darin keinen Widerspruch zu meinem eigenen.

Ulrich St.

Stimme des Gewissens

Am 15.09. billigte der US-Kongress eine Resolution, die Präsident Bush bevollmächtigte, "die notwendige und angemessene Gewalt" gegen alle anzuwenden, die mit den Terroranschlägen vom 11. September in Verbindung stehen. Die Vorlage wurde im Senat mit 98 zu Null, im Abgeordnetenhaus mit 420 gegen eine Stimme gebilligt. Die einzige abweichende Stimme kam von der Tochter eines pensionierten Obersten der US-Armee, einer erfahrenen Einzelgängerin aus der Demokratischen Partei - Barbara Lee.

"*Ich bin überzeugt, dass Militäraktionen künftige Anschläge des internationalen Terrorismus gegen die Vereinigten Staaten nicht verhindern,*" sagte Lee am 15.09. im Abgeordnetenhaus. "*Es muss einige von uns geben, die sagen, lasst uns für einen Augenblick anhalten und über die Auswirkungen unseres heutigen Tuns nachdenken, lasst uns die Konsequenzen vollkommen verstehen.*"

Im emotional aufgeladenen Klima der Terroranschläge wurde Lee in ihrem Büro von einer Fülle von Telefonanrufen und Todesdrohungen verfolgt. Der Wahlbezirk der früheren Sozialarbeiterin umfasst u.a. die liberalen kalifornischen Bezirke von Berkeley und Oakland. Sie errang ihn erstmals 1998 in einer Nachwahl und wurde im vergangenen Jahr mit 85% der Stimmen wiedergewählt.

Nicht zum ersten mal hat Lee ganz alleine gegen Militäreinsätze gestimmt. 1998 war sie eine von nur fünf Abgeordneten, die gegen die Bombardierung Iraks stimmten. 1999 hat nur sie alleine gegen die Entsendung von US-Truppen nach Jugoslawien gestimmt. In einem Interview mit dem amerikanischen Herausgeber Bill Hogan am 19.09.2001 sagte sie über ihre Beweggründe u.a.: "*...Ich bin überzeugt, dass wir unsere Flughäfen, Anti-Terrorismus-Programme finanzieren und die Mittel bereitstellen müssen, um damit fertig zu werden - und den Städten und den Familien der Opfer helfen müssen, sich davon zu erholen ... Wir wollen diese Demokratie besonders in Krisenzeiten erhalten und wir wollen die Bürgerrechte erhalten. Wir wissen und verstehen, dass sie gegen die Öffentliche Sicherheit abzuwägen sind. Daher müssen wir unser Land erhalten und sicherstellen, dass kein Verlust an Leben zu beklagen ist, und dass keine unserer Maßnahmen eine Spirale ingangsetzt, die vielleicht außer Kontrolle gerät.*"

Raimund (auszugsweise übersetzt aus dem Amerikanischen)

Böses überflüssige Worte

Am 08.10. erklärte der Bremer Innensenator Kuno Böse (CDU), dass er kein Verständnis für die Demonstration gegen die Militäraktionen der USA und einiger Verbündeter habe, da damit Kräfte der zur Zeit überlasteten Polizei gebunden würden.

Das Bremer Friedensforum ist über diese Worte des Senators sehr befremdet und kann sich nicht erinnern, dass in den letzten Jahrzehnten je ein Bremer Senator sich in dieser Weise geäußert hat. Es gehört zur alten liberalen Tradition Bremens, öffentliche Meinungsäußerungen demokratisch gesinnter Bürger nicht nur zu tolerieren, sondern ihre Ermöglichung auch zu gewährleisten. Letzteres ist Aufgabe des Innensenators. Dazu reichen ein halbes Dutzend Polizeibeamter.

Das hat die heutige Kundgebung auf dem Marktplatz wieder gezeigt. Nicht nur die Worte des Innensenators waren überflüssig, sondern auch die Polizeihunde und die Mannschaftswagen.

Hartmut Drewes (für das Bremer Friedensforum)

Willi Sitte in Bremen

Willi Sitte in Bremen, in West- und Ostdeutschland, in West- und Osteuropa - zwangsläufig ist das auch ein Politikum, ist Willi Sitte ein homo politicus. Der Malerfürst der ehemaligen DDR, dem im Laufe seines langen Künstlerlebens ein Purpurmantel nach dem anderen übergeworfen wurde, schließlich so viele, dass Unbeflissene den Mann darunter kaum noch wahrnehmen konnten. In der alten Bundesrepublik aber war er der Mohrenkönig aus dem Morgenland. Wenn man in der DDR schließlich alles, was er gab, nahm, in der Bundesrepublik wurde alles genommen, was man haben wollte - kaum weniger. Er selbst aber blieb unter all dem Glorienschein unverändert, nackt und intakt wie seine berühmten Akte. Das außerkünstlerische Drumherum, das man um ihn aufbaute, ohne dass er darauf erpicht gewesen wäre, hat ihn selbst und seine Malerei nicht berührt, nicht verändert oder belastet. Und so steht er und stehen seine Bilder nun wieder unverhüllt vor uns. Das Drumherum wird heruntergemacht und mit Füßen getreten, der Mann aber und sein Werk werden nicht getroffen.

"Das erste und letzte, was vom Genie gefordert wird, ist Wahrheitsliebe" (Goethe). Und mit der verträgt sich kein Opportunismus, der zur Zeit überall groß in Mode ist - im übrigen mit keinerlei Aussicht auf Erfolg oder Folge. In Westdeutschland, wo uns die offiziellen Ehrungen Willi Sittes nie zu beeindrucken brauchten, wo der Blick schon immer frei sein konnte, allein auf den Künstler Willi Sitte, müssen wir nicht umdenken, sondern haben uns nur zu hüten, gegenüber Künstlern wie Brecht, Sitte oder Cremer politisierend unsere Freiheit der Kunstbetrachtung einzubüßen.

Ich scheue mich nicht, einen sehr, einen zu großen Vergleich zu ziehen, nicht zwischen den Männern, aber zwischen den Zeiten und den vergleichbaren Lebenslinien: Das Schicksal der französischen Revolution und das Schicksal Napoleons haben auf die Dichtkunst Goethes so gut wie keinen Einfluss gehabt, obwohl bekanntlich Goethe "in ganz unverantwortlich unpatriotischer Art und Weise" Napoleon beeindruckte. Seine damaligen Kritiker in den Freiheitskriegen konnte Goethe gelassen mit Verachtung strafen, auch wenn er zeitweise einsamer wurde. Vielleicht gehören in diesen Zusammenhang auch die berühmten Worte Napoleons, die er bei seiner Begegnung mit Goethe gesagt haben soll: "Voila, un homme!" Dass Goethe auch Staatsminister war, hat Napoleon nicht beeindruckt. Minister und Fürsten liefen genug um ihn herum.

Willi Sitte war 1983 zum ersten Mal in der Villa Ichon anlässlich der Ausstellung "Kunst in der DDR", die gleichzeitig in der Galerie Netzel in Worpswede und unserem Hause stattfand. Seit dieser Zeit bin ich mit Willi Sitte bekannt, und noch in der DDR-Hoch-Zeit hat er mir mehrfach auf die menschenfreundlichste Weise mit seinem Einsatz für missliebige DDR-Kollegen geholfen. Befreundet bin ich mit Willi Sitte seit der Wende. Über seine Bilder, von denen hier nur ein winziger Teil zu sehen ist (...), sage ich nichts, außer dass diese Arbeiten den Humanisten Willi Sitte deutlich werden lassen. Die Malerei im Allgemeinen zu erläutern, sind andere berufener.

Dafür, dass das Werk Willi Sittes durch alle politischen Wirren unserer Zeit hindurch Bestand haben wird, sprechen entscheidende Indizien. Während man offiziellerseits in der ehemaligen DDR zur Zeit einige der berühmtesten Werke abhängt oder verschwinden lässt, werden andererseits viele Werke der ehemaligen DDR-Kunst (auch von anderen Weggefährten Sittes) von weitsichtigen kunst- und geschichtsbewussten Sammlern und Institutionen geradezu wiederentdeckt. Ihre Bewertung und ihre Werte steigen von Jahr zu Jahr (...).

Die Ausstellung "Willi Sitte - 80 Jahre" ist vom 21.10. - 30.11.2001 in der Villa Ichon, Goetheplatz 4 zu sehen.

Dr. Klaus Hübotter

Mahnmal beschädigt

Henryk Hauffe aus Poznan (ehemaliger Zwangsarbeiter in Bremen), Ehrenmitglied der VVN-BdA LV Bremen, staunte



bei seinem Besuch am Mahnmal für die ermordeten Frauen in Obernheide, wo sich ein Außenlager des KZ-Neuengamme befand, mit uns über die gewaltsam herausgerissene Informationstafel, die an das Schicksal der ca. 800 jüdischen Frauen aus Polen und Ungarn erinnern soll. Im BAF wurde mehrfach darüber berichtet. Spätere Recherchen ergaben, dass die für die Gemeinde Stuhr zuständigen Presseredakteure den Vorfall, nachdem die Schrifttafel in einem Feld gefunden wurde, zwar in der Redaktion besprochen, aber beschlossen, nichts zu veröffentlichen! Wie immer in solchen Fällen heißt es: Man wolle den Tätern kein öffentliches Forum bieten.

Wir sind da anderer Auffassung. Diese Untaten müssen veröffentlicht werden. Hierdurch wird nicht das Ansehen der Gemeinde geschädigt oder der Täter aufgewertet, sondern es schärft auch die Sinne aufmerksamer Anwohner, besser auf die Gedenkstätte zu achten.

Die Gemeinde Stuhr lässt jetzt eine neue Tafel herstellen, deren Material auf Dauer auch witterungsbeständiger beschaffen sein soll. Das ist sehr lobenswert, entbindet die Presse aber nicht von einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung.

Ingrid Franke

Erste Termine

An der Gedenkstätte Bahrs Plate, dem ehemaligen Außenlager des KZ-Neuengamme, in Bremen-Blumenthal wird unter dem Titel *"Rosen für die Opfer"* **am Sonntag, den 18. November (Volkstrauertag) um 11:30 Uhr** den Opfern des Nationalsozialismus gedacht. In diesem Jahr gilt das Gedenken insbesondere den Opfern der Deportation Bremer Juden nach Minsk vor 60 Jahren.

Der Veranstalter, die Internationale Friedensschule Bremen, bittet Rosen mitbringen.

In der Stadtbibliothek Vegesack, Aumunder Heerweg 87, zeigt Rolf Rübsam **am Dienstag, den 20 November um 19:00 Uhr**, einen Diavortrag über das Leben und Schicksal der Künstlerinnen Dora und Henny Bromberger. Der Vortrag hat den Titel *"Von Bremen nach Minsk"*. Der Eintritt kostet 4,- DM.

Wo führt dieser Terroristensumpf hin?

Wo findet man Antwort auf diese Frage? Für Gewalt, Terror und Krieg gibt es in der Geschichte der USA reiche Erfahrungen. Der Terroranschlag am 11. September in New York und Washington gab der ganzen Welt Anlass zur tiefen Trauer für die Opfer. Mehr denn je stellt sich die Frage: Wo sind die ‚Wurzeln' für einen solchen Terrorismus zu finden? Unsere staatstragenden Parteien mit ihren Oberen sind dabei, sich gegenseitig Unterlassungen vorzuwerfen. Den ‚Splitter' im Auge des Anderen sehen sie, aber den ‚Balken' im eigenen Auge erkennen sie nicht. Das ist auch bei Oberen der Industriestaaten zu erkennen.

Die USA können sich rühmen, immer größere, gefährlichere und punktgenauere Massenvernichtungswaffen entwickelt und produziert zu haben. Und wozu? Vom gegenwärtigen US-Präsidenten hörte man schon vor dem 11. September Worte wie: Militärschläge gegen Schurkenstaaten zu führen. Soll das die „Neue Weltordnung" sein?
Ziel der USA war es im Golfkrieg den irakischen Präsidenten - Saddam Hussein - mit Militärschlägen auszuschalten. Hussein hat die Militärschläge überlebt. Und das sogar in einem Bunker, der von Deutschen erbaut wurde. Tausende Unschuldige wurden aber getötet oder schwerbeschädigt. War das nicht menschenverachtender Staatsterrorismus? Wer liefert noch immer Waffen und Munition in die Krisen- und Kriegsgebiete? Zum Beispiel an Israel und Palästina? Gehört das zur "Neuen Weltordnung", oder sind das nicht doch ‚Wurzeln' für Terrorismus? Es wird Zeit, dass sich die Weltmacht USA statt auf Militärschläge und Export von Kriegswaffen und Munition, auf das Suchen der ‚Wurzeln' von Gewalt, Terror und Krieg orientieren, und konzentrieren. Das heißt, klare Beweise zu suchen, und nicht auf Vermutungen mit Militärschlägen zu reagieren.

Die Medien sollten die politischen Parteien dazu ermuntern. Eine gute Anregung in diesem Sinne fand 1979 in Rom statt. Über 150 Verbände ehemaliger Kriegsteilnehmer aus 65 Ländern nahmen daran teil. In ihrem Abschlussdokument -"Botschaft von Rom" - heißt es z.B.: "Der Einsatz von Waffen war in der Geschichte der Menschheit (...) das häufigste Mittel zur Beilegung ihrer Streitfragen (...) zur "Erweiterung ihres Machtbereiches. So wie die Dinge gegenwärtig [1979] in der Welt liegen, halten viele immer noch den Besitz und die Anhäufung gewaltiger Rüstung (...) für unerlässlich (...) Aber die Anhäufung (...) zerstörerischer und perfektionierter Waffen stellt eher eine Gefahr als Schutz (...) für die Menschheit dar (...) Dieser Prozeß muß unterbrochen werden (...) Es gibt Lösungen (...) wir appellieren an die Verantwortlichen der Massenmedien und der Lehrerschaft die Gefahren des Wettrüstens aufzuzeigen (...)"

Pastor Ridder aus Blumenthal (Bremen-Nord) hat das Problem richtig erkannt. In seiner Predigt aus Anlass der Terrorakte in New York und Washington sagte er: "Terroristen fallen nicht vom Himmel. Der Terrorismus ist immer Ergebnis einer Fehlentwicklung in der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang müsse die Frage erlaubt sein, ob die Terroranschläge in den USA auch etwas damit zu tun hätten, wie die US-Regierung mit dem Rest der Welt und besonders mit dem unterentwickelten Rest umgegangen ist."

Diese Worte sollten sich Bundespolitiker ob in Regierungsverantwortung oder Opposition - zu Herzen nehmen und weitergeben.

Alois

Kursbuch für die Gefangenen

64 Gefangenenwagen der Reichsbahn liefen im 2. Kriegsjahr Woche für Woche durch Deutschland. Das Kursbuch, gültig vom 06. Oktober 1941 an, war für den Dienstgebrauch bei Bahn, Polizei und Gericht bestimmt. Es enthielt "einen Plan für den regelmäßigen Lauf der Gefangenenwagen", "die allgemeinen Bedingungen zur Beförderung der Gefangenen", "das Verhalten bei Unregelmäßigkeiten, wo die Wagenreinigung erfolgen solle", "auf welchem Bahnhof die Gefangenen die Wagen wechseln".

Im Kursbuch von 1941 finden sich Dachau, Sachsenhausen, Ravensbrück, Auschwitz ebenso wie Bremen-Oslebshausen und Aschendorfermoor. Jeden Mittwoch, Punkt 6:06 Uhr, fuhr ein Zug mit Gefangenen für Oslebshausen in Hannover los. Ankunft in Bremen 9:15 Uhr. Um 12:20 Uhr fuhr er weiter nach Wesermünde-Lehe - mit Gefangenen für das Arbeitskommando im Ahlen-Falkenberger Moor. 16.54 Uhr war die Rückfahrt nach Bremen. Dort wurde er gereinigt. Donnerstags fuhren Transporte zu den Emslandlagern, freitags von Essen nach Bremen, samstags von Bremen nach Hamburg-Altona, sonntags zurück nach Essen.

Raimund Gaebelein

Weitere Termine November 2001

Am **Donnerstag, den 01. November**, wird **um 19:00 Uhr** im Staatsarchiv Bremen der Film "*Die Hand am Pflug, auf der Brust das Hakenkreuz*" von Gisela Ellenberg (NDR Hannover) gezeigt. Nach einem Vortrag der Film-Autorin soll diskutiert werden. Veranstalter ist der Verein Sozialökonomie und die Bremer-Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft in Kooperation mit dem Staatsarchiv Bremen und dem Verein Walerjan Wróbel e.V.

"*Vom Flaksplittern, Ortsbauernführern und gemeinsamer Runde am Essenstisch*" ist der Titel der Gesprächsrunde mit Zeitzeugen aus der Bremer Region **am Dienstag, den 06. November um 19:00 Uhr.** Diese Veranstaltung wendet sich vor allem an Bremer, die über Zwangsarbeit im Agrarbereich in Bremen und Umzu erzählen können. Dabei ist nicht nur selbst Erlebtes, auch von Eltern und Bekannten Gehörtes von Interesse. Veranstalter ist der Verein Sozialökonomie und die Bremer-Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft in Kooperation mit dem Staatsarchiv Bremen und dem Verein Walerjan Wróbel e.V.

Im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Bremen-Vegesack findet **am Mittwoch, den 07. November um 19:00 Uhr** eine Lesungen aus folgenden Büchern statt: "*Die gerettete Freude eines jungen Menschen - Zeit 1925-1945 - Biografie von Hermine Schmidt*" und "*... und wenn ich lebenslang in einem KZ bleiben müsste... - Die Zeuginnen Jehovas in den Frauenkonzentrationslagern Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück*" von Hans Hesse (Historiker/Autor). Veranstalter sind die Zeugen Jehovas

---

Am Donnerstag, den 08. November, findet um **17:00 Uhr** eine Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den 63. Jahrestag der Pogromnacht vom 09./10. November 1938 gegen BürgerInnen jüdischen Glaubens an der ehemaligen Synagoge Aumund statt. Anschließend gibt es einen Stadtrundgang.

Ab 19:30 Uhr gibt es im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus die rezitatorische Lesung von Rainer Schepper der Novelle "*Der Rabbi von Bacherach*" von Heinrich Heine. Diese Novelle über das Schicksal eines jüdischen Paares in der Mitte des 14. Jahrhunderts legt die eigentlichen geistigen Wurzeln des heutigen von rechtsradikalen Kräften geschürten Antisemitismus (Antijudaismus) offen.

Heine, in Düsseldorf geboren, begann sie 1824 in Berlin und vollendete sie 1840 aus Anlass der damaligen Judenverfolgung in Damaskus.

Die Deportation jüdischer Bremer nach Minsk

Vor 60 Jahren wurden 570 Menschen aus Bremen in den sicheren Tod transportiert. -

Am 18. November 1941 mussten sie sich *"schweigend, unauffällig und in kleinen Trupps (...) hierher begeben, unbemerkt von den meisten,"* so Pastor Friedrich Scherrer 1991 anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel am Bremer Hauptbahnhof. 50.000 jüdische Menschen in ganz Deutschland fielen einer "Auskämmung" von West nach Ost zum Opfer, darunter der 59jährige Vorsteher der israelitischen Gemeinde Bremens, Josef Platzer.



Die Gedenktafel ist etwas versteckt links neben dem Haupteingang

"Die Bremer Juden wurden in langer Bahnfahrt nach Minsk - 1.300 km von hier entfernt - gebracht. Dort hatte der Vernichtungskrieg Deutschlands gegen die Sowjetunion schon seine schrecklichen Spuren hinterlassen. Für fast alle war es eine Fahrt in den Tod. Das zurückgelassene Hab und Gut der Bremer Juden wurde (...) beschlagnahmt und versiegelt; ebenso meldete die Stadt Bremen am gleichen Tag Ansprüche auf die verlassenen Wohnungen an," so Pastor Scherrer in seiner Ansprache.

Raimund Gaebelein

Die Deutschen müssen ein wenig bluten

Die Deutschen müssen ein wenig bluten. Klaas Touber (78) aus Almere ist einer von rund 12.000 Niederländern, die bis heute einen Antrag auf Entschädigung aus dem deutschen Zwangsarbeiterfonds gestellt haben. Er wurde von 1943 bis 1945 gezwungen auf der Vulkan-Werft in Bremen zu arbeiten.

Viele niederländische Zwangsarbeiter erhalten wahrscheinlich kein Geld, da Deutschland zur Bedingung stellte, dass die Zwangsarbeiter unter "äußerst erbärmlichen", lagerähnlichen Bedingungen untergebracht worden sein mussten. Für Osteuropäer galt das natürlich immer. Niederländer hatten verhältnismäßig viel Freizügigkeit. Touber rechnete mit eine guten Chance entschädigt zu werden. Zur Strafe saß er zwei Monate im "Arbeitserziehungslager." Danach "wog er nicht mal mehr 40 Kilo." Beim Bau eines Bunkers für U-Boote kamen in diesem Lager 6.000 Zwangsarbeiter ums Leben.

"Haben Sie körperliche Beschwerden davongetragen?" - "Ich hatte Tbc, aber das ging mit ein paar Kuren vorüber. Später hatte ich seelische Probleme. Ich bekam Alpträume und war aggressiv. Bei Psychiater Keilson bin ich dahinter gekommen, dass ich in einem Geisterhaus lebte, das die Deutschen in mir errichtet hatten. Mit Hilfe der Therapie ist es gelungen, das zu zerbrechen."

"Hegen Sie noch Groll?" - "Ich bin später mit sehr starkem Misstrauen und Hass nach Bremen zurückgekommen. Aber das nahm mich entsetzlich mit. Ich hielt dort eine Reihe von Vorträgen. Dabei habe ich klar gesagt: 'Ich habe gelernt die Deutschen nicht mehr zu hassen.' Aber du musst dich jedes mal überwinden, um nach Deutschland zu fahren."

"Warum haben sie einen Antrag gestellt?" - "Nicht so sehr des Geldes wegen, das brauche ich nicht. Die Deutschen werden so mit der Nase darauf gestoßen, dass sie so etwas nicht ungestraft tun können. Sie haben gut verdient und sind nach dem Krieg damit durchgekommen. Sie müssen auch mal ein wenig dafür bluten."

"Kommt die Entschädigung nicht ein bisschen zu spät?" - "Nach dem Krieg dachten wir da überhaupt nicht dran. Man war froh, frei zu sein. Aber 1985 habe ich bei der Werft wegen Entschädigung gefragt. Das wurde abgelehnt. Sie fühlten sich nicht verantwortlich und wollten keinen Präzedenzfall schaffen. So etwas wird immer soweit wie möglich zurückgehalten und verbaut. Erst als Gruppen starken Druck ausübten, haben sie ihre Verantwortung ernst genommen. Die deutschen Betriebe hätten von sich aus sagen sollen: wir entschädigen die Zwangsarbeiter."

"Spüren Sie Genugtuung?" - "Das kann ich so nicht sagen. Es hat viel zu lange gedauert. Und ich muss erst mal sehen, dass ich überhaupt etwas erhalte. Ich sage immer, sie setzen auf die biologische Lösung. Sie stellen solange Überlegungen an, dass sie immer weniger Leute auszahlen müssen."

(**Raimund Gaebelein,** (Übersetzung aus "Nieuwsbrief 4/2001" dem Mitteilsblatt der niederländischen Zwangsarbeiter)

Weitere wichtige Termine im November 2001

Die VVN-BdA Bremen und die SPD-Gröpelingen erinnern **am Freitag, den 09. November**, an die Geschehnisse der Reichspogromnacht 1938. **Von 17:00 bis 18:00 Uhr** findet eine Mahnwache mit Kranzniederlegung am Rosenakhaus, dem ehemaligen jüdischen Altenheim an der Gröpelinger Heerstraße 167, statt. Es sprechen Raimund Gaebelein (Landesvorsitzender der VVN-BdA) und Babara Wulff (MdBB der SPD).

Am Vorabend, **Donnerstag, den 08. November**, werden **um 18:15 Uhr** in der Stadtbibliothek West, Lindenhofstraße, Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse des SZ Julius-Brecht-Allee in Zusammenarbeit mit Reinhard Bockhofer einen "*Versuch zum Thema Erinnerung*" machen. Die szenische Lesung dauert etwa 45 Minuten mit anschließendem Gespräch. Die heute 14 - 16 jährigen wollen versuchen Antworten auf von ihnen nie gestellte Fragen zu finden, Erinnerungen und den Umgang damit zu proben.

Am Dienstag, den 27. November, findet **um 20:00 Uhr** eine Veranstaltung der MASCH mit dem bekannten Bremer Rechtsanwalt Dr. Rolf Gössner in der Villa Ichon statt. Thema sind "die vergessenen Opfer des Kalten Krieges".
Die strafrechtliche Verfolgung von Kommunisten, "Sympathisanten" und unabhängige Linken in der Bundesrepublik zur Zeit des Kalten Krieges ist bis heute ein Tabuthema. Nur wegen ihrer linksoppositionellen Betätigung wurden damals Tausende zu Gefängnisstrafen verurteilt, mit Berufsverboten belegt, unter Polizeiaufsicht gestellt und ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt. Viele von ihnen waren schon unter den Nazis verfolgt worden. Bis heute wird ihnen eine Rehabilitation und Entschädigung verweigert.

Im Gästehaus der Universität Bremen im Teerhof 58, berichtet **am 30. November um 20:00 Uhr** Valentina Stefanski aus Bochum Zum Thema "*Polnische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Deutschland - Selbstdarstellung und Fremdwahrnehmung*". Veranstalter ist die Landeszentrale für politische Bildung und der Studiengang Kulturgeschichte Ost- und Ostmitteleuropas mit Unterstützung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bremen e.V. und der Katholischen Kirche in Bremen.

Am Freitag, den 30. November, findet **ab 18:00 Uhr** der 36. Solidaritätsbasar in den Räumen der Stephani-Gemeinde, Faulenstraße 10, statt. Der Bremer Solidaritätsbasar hat seit seinem Bestehen immer die Verursacher von Ungerechtigkeit und Not in der Welt benannt und zugleich praktische Solidarität mit den Völkern in Vietnam, Nicaragua, Chile, Kambodscha, Südafrika und Kuba geübt. Das ist in Zukunft nötiger denn je.

Die Welt droht nach dem 11. September kälter und kriegerischer zu werden. Mit dem Entsetzen und dem Mitgefühl für die Opfer und ihre Angehörigen verbindet sich auch die Furcht, dass die US-Regierung in der Logik der Gewaltspirale nicht nur die wirklich Schuldigen ihrer Strafe zuführt, sondern ganze Länder mit Krieg überzieht. Damit werden neue Terroranschläge provoziert. Die Friedens- und Solidaritätsbewegung ist von dem Ausmaß der Terroranschläge genauso schockiert wie alle humanistisch denkenden Menschen. Sie hat in den vergangenen Jahrzehnten in Stellungnahmen und Aufrufen immer wieder die Ungerechtigkeiten in der Welt und ihre Ursachen deutlich gemacht.

Vom 23. September bis zum 16. Dezember ist von **Dienstag bis Sonntag jeweils von 10:00 bis 17:00 Uhr**, auf dem Delmenhorster Nordwolle-Gelände, Am Turbinenhaus 10 - 12, die Ausstellung "*Deutsche Mutter, bist du bereit - NS-Alltag in Lebensborn*" zu sehen. Die "Nordwolle" zeigt Dokumente über die SS-Aktion "Lebensborn" zur Aufzucht arischer Kinder. Sie tragen noch heute schwer an ihren Erinnerungen.

Im Zentrum der Ausstellung steht das Lebensbornheim "Friesland", die prunkhaften Landvilla "Hohehorst" der Bremer Unternehmerfamilie Lahusen nördlich von Bremen. Lahusen war 1884 Gründer der Nordwolle in Delmenhorst. Die Villa wurde für 60.000 Reichsmark an das "Rasse- und Siedlungshauptamt" veräußert um am 01. Mai 1937 als Lebens- born-Heim ihre Pforten zu öffnen. Heinrich Himmler hatte 1935 die Gründung des "Lebensborn e.V." initiiert.

Die Heime dienten immer auch der sogenannten "Rassenpflege", deren Ziel die "planmäßige Menschenzucht" des "reinrassigen" arischen Herrenmenschen war. Zweite Aufgabe war es, in Europa Kinder germanischen Typs zu finden, um sie in Lebensborn-Heimen im nationalsozialistischen Geist zu erziehen. Der Nachschub für diese Heime kam aus den besetzten Gebieten wie Frankreich, Polen, Dänemark. "Rassisch wertvolle Kinder" wurden nach sogenannten Ariertabellen ausgesucht, wobei das entscheidende Kriterium die Distanz zwischen Stirn und Hinterkopf war.

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Internet: http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-61 12 62 (Willy Hundertmark) oder 0421-61 63 215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Geburtstage im November 2001

Eva Böller	10.11., 50 J.
Alma Müller	17.11., 86 J.
Elisabeth Sittig	19.11., 74 J.
Walter Franke	20.11., 75 J.
Ella Schneider	21.11., 93 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand